

Ressort: Politik

Wirtschaftsweise teilen die Meinung der Kanzlerin

Ja Deutschland schafft das

Berlin, 11.11.2015, 14:27 Uhr

GDN - Die Wirtschaftsweisen teilen die Meinung der Kanzlerin, dass Deutschland in der Lage ist, die Flüchtlingskrise auch finanziell zu stemmen. Dies geht aus dem neuen Bericht hervor, der der Kanzlerin vorgelegt werden soll.

Um dieses hohe Ziel allerdings halten zu können, sind viele einzelne kleine Schritte notwendig so die fünf Top-Ökonomen. Da gilt es zum einen die Asylbewerberverfahren erheblich zu verkürzen und auch die Einstufung bei der Arbeitssuche umzustellen. Dem zufolge sollen alle Flüchtlinge mit genehmigtem Asylverfahren direkt als Langzeitarbeitslose gelten. Damit können sie dann unter Mindestlohn beschäftigt werden, was auch für künftige Arbeitgeber einen gewissen Reiz ausmacht. Dies sollte aber nur eine zeitliche Lösung sein, damit die Flüchtlinge auch ihren Teil in die gut florierende Wirtschaft dazu beitragen. Weiterhin sollte der Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde nicht erhöht werden wie viele es fordern.

Der Sachverständigenrat geht von einer weiteren positiven Entwicklung der Wirtschaft im Jahre 2016 aus. Derzeit liegt das Wachstum bei 1,7 Prozent, und soll im Jahr 2016 1,6 Prozent betragen. Das lässt sich nach Aussage des Rates nur durch eine zukunftsfähige Volkswirtschaft bewerkstelligen, die durch Rahmenbedingungen gestützt und aufgebaut wird. Der Sachverständigenrat sieht die Ausgaben für die Flüchtlinge im Jahr 2015 bei 5,9 Milliarden bis 8,3 Milliarden Euro, und im nächsten Jahr bei 9 Milliarden bis 14,3 Milliarden Euro. Aber auch dies sei für Deutschland finanzierbar.

Einige Punkte die die Weisen dafür aufführen sind die Stellung der genehmigten Asylbewerber als Langzeitarbeitslose. Die Ausnahme des Mindestlohnes sollte damit dann auch auf zwölf statt bisher sechs Monate verlängert werden. Gleiches gilt für bezahlte Praktiken, deren Ausnahme vom Mindestlohn ebenfalls auf zwölf Monate verlängert werden. Auch ein nach Alter gestaffelter Mindestlohn sollte in Erwägung gezogen werden. So wäre Deutschland, nach Aussage der Wirtschaftsweisen, in der Lage die Flüchtlingskrise ohne neue Schulden und ohne allzu große Opfer zu stemmen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-62924/wirtschaftsweise-teilen-die-meinung-der-kanzlerin.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Oliver Berling

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich. Oliver Berling

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619